



Bezirksregierung Arnsberg Postfach 44025 Dortmund

*Gegen Empfangsbekanntnis*

RAG Aktiengesellschaft  
Welterbe 10  
45141 Essen

Datum: 03.08.2020

Aktenzeichen:  
61.z4-7-2-4  
bei Antwort bitte angeben

Auskunft erteilt:  
Herr Schröder

Zimmer:  
329

Telefon:  
02931/82-5912

Telefax:  
02931/82-47256

E-Mail:  
joerg.schroeder@bra.nrw.de

## Wasserrechtliche Erlaubnis nach §§ 8, 9 WHG

### Erlaubnisbescheid

Dienstgebäude und  
Lieferanschrift:  
Goebenstraße 25,  
44135 Dortmund

Hauptsitz:  
Seibertzstr. 1,  
59821 Arnsberg

Telefon: 02931-82-0  
Telefax: 02931-82-2520  
poststelle@bra.nrw.de  
www.bra.nrw.de

Servicezeiten:  
08:30 - 12:00 Uhr  
und 13:30 - 16:00 Uhr  
Freitags  
08:30 - 14:00 Uhr

# Erlaubnisbescheid

## Inhaltsverzeichnis

### Erlaubnisbescheid

1. Tenor .....	3
2. Rechtsgrundlagen .....	3
3. Zweck der Einleitung .....	4
4. Dauer der Erlaubnis .....	4
5. Angaben zu Einleitungsstellen .....	5
5.1 Einleitungsstellen-Nr.: 222129300 .....	5
6. Wasserrechtliche Anforderungen an Menge und Beschaffenheit .....	6
7. Nebenbestimmungen .....	6
7.1 Allgemeines .....	6
7.2 Betrieb und Überwachung .....	8
7.3 Betriebseinstellung, Verwahrung .....	10
8. Hinweise .....	10
9. Verweise auf Anlagen und Unterlagen .....	12
10. Begründung .....	13
10.1 Formale Zulässigkeit .....	13
10.2 Materielle Zulässigkeit .....	14
10.3 Fazit, Entscheidung über den Antrag .....	23
11. Kostenentscheidung .....	23
12. Rechtsbehelfsbelehrung .....	24
Anlage 1 .....	25

## 1. Tenor

**Im Einvernehmen mit den Städten Essen und Gelsenkirchen ergeht folgender Bescheid:**

Der RAG Aktiengesellschaft, Im Welterbe 10, 45141 Essen und ihren Rechtsnachfolgern wird aufgrund ihres Antrages vom 19.02.2020 -ZV 3 JPD/2020/02- für die Zentrale Wasserhaltung Zollverein in Essen unbeschadet der Rechte Dritter und jederzeit widerruflich die

### **wasserrechtliche Erlaubnis**

erteilt,

**1.1** das im untertägigen Einzugsbereich dieser Wasserhaltung (Grubenwasserprovinz) anfallende Grubenwasser zutage zu fördern und in die Emscher einzuleiten,

**1.2** das gehobene Grubenwasser mit den Additiven P3 Ferrofos 514 bzw. P3 Ferrofos 8413-3 der Fa. Henkel zu impfen,

**1.3** einen Teilstrom des Grubenwassers von bis zu 5 m<sup>3</sup>/min für die geothermische Nutzung (für Heizzwecke) mittels Wärmetauscher zu verwenden.

## 2. Rechtsgrundlagen

- §§ 8, 9, 10, 11, 12, 13, 18 und 19 Abs. 2 und 48 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585),
- § 100 WHG in Verbindung mit § 117 Abs. 1 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz - LWG NRW) vom 08.07.2016 (GV. NRW. S. 618/ SGV. NRW. 77) in Verbindung mit der Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz (ZustVU), veröffentlicht als Artikel 15 des Gesetzes zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts vom 11.12.2007 (SGV NRW 282),
- §§ 1, 2, 9, 10 und 14 des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (GebG NRW) in der Fassung vom 23.08.1999 (GV. NRW. 1999 S. 524),

- Allgemeine Verwaltungsgebührenordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (AVerwGebO NRW) vom 03.07.2001 (GV. NRW. 2001 S. 262),

jeweils in der zurzeit gültigen Fassung.

### **3. Zweck der Einleitung**

Die Gewässerbenutzung dient der Beseitigung des in dem untertägigen Einzugsbereich (Grubenwasserprovinz) dieser Wasserhaltung anfallenden Grubenwassers.

### **4. Dauer der Erlaubnis**

Die Erlaubnis ist gültig bis 31.12.2021.

## 5. Angaben zu Einleitungsstellen

### 5.1 Einleitungsstellen-Nr.: 222129300

#### 5.1.1 Lage der Einleitungsstelle

Bezeichnung:	Grubenwasser-Einleitungsstelle Wasserhaltung Zollverein
Gemeindename: Gemeindekennzahl:	Stadt Gelsenkirchen 05513000
Gewässerkennzahl: Gewässername: Gewässername Alias:	2772 Emscher
Einleitung in:	Stationiertes Gewässer
Flussgebietskennzahl: Stationierung:	277259 26,737 km
ETRS89/UTM-Zone-32N -Koordinaten: Ostwert: Nordwert:	 362.776 5.709.428
Bez. im Lageplan:	

#### 5.1.2 Art des eingeleiteten Abwassers oder sonstigen Wassers

Diese Einleitungsstelle dient der Einleitung von:

- *Grubenwasser*

#### 5.1.3 Art der Einleitung

Die Einleitung erfolgt gemäß Antragsunterlagen.

## **6. Wasserrechtliche Anforderungen an Menge und Beschaffenheit**

Diese wasserrechtliche Erlaubnis berechtigt,  
das im untertägigen Einzugsbereich dieser Wasserhaltung (Grubenwasserprovinz)  
bis zu einer Höchstmenge von

**0,408 m<sup>3</sup>/s**

**2.938,000 m<sup>3</sup>/2h**

**9.800.000,000 m<sup>3</sup>/a**

anfallende Grubenwasser zutage zu fördern und in die Emscher einzuleiten,

das gehobene Grubenwasser mit den Additiven P3 Ferrofos 514 bzw. P3 Ferrofos 8413-3 der Fa. Henkel zu impfen,

einen Teilstrom des Grubenwassers von bis zu 5 m<sup>3</sup>/min für die geothermische Nutzung (für Heizzwecke) mittels Wärmetauscher zu verwenden.

## **7. Nebenbestimmungen**

### **7.1 Allgemeines**

#### **7.1.1**

Die Anlagen zur Gewässerbenutzung sind entsprechend den Erlaubnisunterlagen und nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik auszuführen und zu betreiben, sofern nachfolgend nichts anderes bestimmt wird.

#### **7.1.2**

Der Unternehmer hat ein Betriebstagebuch zu führen, das für eine jederzeitige Einsichtnahme durch die Bezirksregierung Arnsberg, Abt. 6 Bergbau und Energie in NRW bereitzuhalten und bis zum Ablauf von drei Jahren nach Erlöschen dieser Erlaubnis aufzubewahren ist.

### **7.1.3**

Für Messungen und Probenahmen zur Beurteilungen der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse sind die Probenahmestellen so zu unterhalten, dass sie jederzeit zugänglich ist und Wasserproben ohne Schwierigkeiten entnommen werden können.

### **7.1.4**

Die eingesetzten Messgeräte sind durch geeignetes Fachpersonal zu überwachen und instand zu halten. Wenigstens alle 3 Jahre sind die Messgeräte auf ihre Messgenauigkeit zu prüfen, erforderlichenfalls instand zu setzen und zu kalibrieren. Die Prüfbescheinigung ist zum Betriebstagebuch nach Nr. 7.1.2 zu nehmen.

### **7.1.5**

Innerhalb eines Monats nach Zugang dieses Bescheides sind gemäß §§ 13 Abs. 2 Nr. 3 WHG ein verantwortlicher Betriebsbeauftragter sowie ein Vertreter zu bestellen. Der Betriebsbeauftragte und sein Vertreter sind der Erlaubnis- und Überwachungsbehörde unter Angabe ihrer Stellung im Betrieb namhaft zu machen. Ein Wechsel ist unverzüglich anzuzeigen.

### **7.1.6**

Die Eintragungen im Betriebstagebuch nach Nr. 7.1.2 sind von dem jeweiligen Betriebsbeauftragten oder seinem Vertreter nach Nr. 7.1.5 zu kontrollieren.

### **7.1.7**

Betriebliche Vorkommnisse, die erwarten lassen, dass wassergefährdende Stoffe in das Grundwasser gelangen können, sind der Bezirksregierung Arnsberg, Abt. 6 Bergbau und Energie in NRW unverzüglich schriftlich und vorab fernmündlich oder per Telefax anzuzeigen. Dabei sind Art, Umfang, Ort und Zeit des Ereignisses möglichst genau anzugeben. Maßnahmen zur Wiederherstellung eines ordnungsgemäßen Betriebes sind unverzüglich einzuleiten.

### **7.1.8**

Dieser Erlaubnisbescheid und die zugehörigen Unterlagen sind bis zum Ablauf von drei Jahren nach Erlöschen dieser Erlaubnis aufzubewahren.

### **7.1.9**

Jeder Wechsel des Erlaubnisinhabers ist der Erlaubnis- und Überwachungsbehörde unverzüglich mitzuteilen. Das gleiche gilt, wenn einem anderen die Gewässerbenutzung übertragen oder eine Mitbenutzung eingeräumt werden soll.

## **7.2 Betrieb und Überwachung**

### **7.2.1**

Sofern durch betriebliche Maßnahmen erhebliche Änderungen der Menge oder der Zusammensetzung des Grubenwassers zu erwarten sind, sind diese der Erlaubnis- und Überwachungsbehörde mindestens 1 Monat im Voraus anzuzeigen.

### **7.2.2**

Die nach Nr. 6 einzuleitende Grubenwassermenge ist kontinuierlich zu messen. Die Messergebnisse sind monatlich und jährlich zusammenzufassen. Die Monats- und Jahresmengen sind in das Betriebstagebuch einzutragen.

### **7.2.3**

Das in die Emscher einzuleitende Grubenwasser ist im Rahmen der Selbstüberwachung nach § 59 LWG selbst oder durch eine geeignete Stelle vierteljährlich auf die Parameter gemäß Anlage 1 zu untersuchen. Die Ergebnisse sind der Erlaubnis- und Überwachungsbehörde unverzüglich zu übersenden.

### **7.2.4**

Das in die Emscher einzuleitende Grubenwasser ist analog der Selbstüberwachung nach § 59 LWG zusätzlich zu Nr. 7.2.3 vierteljährlich selbst oder durch eine geeignete Stelle auf die nachfolgend genannten Parameter (vgl. Nr. 47 - 52 Anlage 6 OGewV) als Gehalt in der Feststoffphase sowie in der Flüssigphase zu untersuchen:

- PCB 28
- PCB 52
- PCB 101
- PCB 118
- PCB 138
- PCB 153
- PCB 180

Das hierfür geeignete Probenahme- und Analysenverfahren sowie die Lage der Messstellen und die Dauer dieser Sonderbeprobung sind mit dem LANUV NRW sowie der Erlaubnis- und Überwachungsbehörde abzustimmen. Hierfür sind die Empfehlungen des LANUV-Abschlussberichtes zum PCB-Sondermessprogramm 2015 sowie die Ergebnisse der Expertenrunde zur Bewertung der Ergebnisse der

Versuchsanlage zur PCB-Entfernung aus Grubenwasser vom 21.11.2019 zum Anhalt zu nehmen.

Die Anforderungen an die Messgenauigkeit sind in Abhängigkeit von dem für die Probenahmestelle geeigneten Probenahmeverfahren in Abstimmung mit dem LANUV und der Erlaubnis- und Überwachungsbehörde festzulegen. Hierbei sind die geltenden Umweltqualitätsnormen für die zu untersuchenden Parameter zum Anhalt zu nehmen.

### **7.2.5**

Soweit die Messergebnisse des Einleitstroms nach Nr. 7.2.4 höher sind als die für das Gewässer geltenden Anforderungen im Hinblick auf die Umweltqualitätsnormen im Jahresdurchschnittswert für PCB im Gewässer im Sinne Nr. 47 - 52 Anlage 6 OGewV einschließlich PCB 118, so ist die Emscher jeweils an einer geeigneten, mit dem LANUV NRW abzustimmenden Messtelle oberhalb und unterhalb der Einleitstelle im Hinblick auf die Umweltqualitätsnormen im Jahresdurchschnittswert für PCB im Gewässer nach Nr. 47 - 52 Anlage 6 OGewV vierteljährlich selbst oder durch eine geeignete Stelle auf die in Nr. 7.2.4 genannten Parameter als Gehalt in der Feststoffphase bzw. in einer gleichwertigen Weise nach einem anderen Untersuchungsverfahren in der Flüssigphase zu untersuchen.

Die Probenahme hat im möglichst engen zeitlichen Zusammenhang mit der Probenahme nach Nr. 7.2.4 zu erfolgen, um den Einfluss der Einleitung auf die Gesamtbelastung der Emscher möglichst genau beurteilen zu können. Für die Anforderungen an die geeignete Probenahme- und Analysenverfahren, die Lage der Messstellen und an die Messgenauigkeit in Abhängigkeit von dem für die Probenahmestelle geeigneten Probenahmeverfahren gilt Nr. 7.2.4 sinngemäß.

Es bleibt unter Hinweis auf Nr. 8.2 ausdrücklich vorbehalten, nachträgliche Auflagen zu erteilen, soweit sich aus den Messergebnissen nach Nr. 7.2.4 und 7.2.5 ergibt, dass eine Überschreitung der Umweltqualitätsnormen im Jahresdurchschnittswert für PCB im Gewässer nach Nr. 47 - 52 Anlage 6 OGewV an der Messtelle unterhalb der Einleitstelle vorliegt.

### **7.2.6**

Die Additive P3 Ferrofos 514 bzw. P3 Ferrofos 8413-3 der Fa. Henkel dürfen nur solange dem Grubenwasser zugesetzt werden, bis ein technisch gleichwertiges, aus wasserwirtschaftlicher Sicht aber besser geeignetes Produkt im Handel verfügbar ist.

### **7.2.7**

Die Dosierung des jeweils eingesetzten Inkrustationsmittels ist über die Einsatzmenge nachzuweisen und in das Betriebstagebuch nach Nr. 7.1.2 einzutragen.

## **7.2.8**

Im Falle eines Störfalles mit dem eingesetzten Inkrustationsmittel und Einleitung ins Gewässer ist die Emschergenossenschaft hierüber unverzüglich zu informieren, um ggf. geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

## **7.2.9**

Zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben ist es der Emschergenossenschaft zu gestatten, jederzeit die einzuleitenden Grubenwässer auf Menge und Zusammensetzung zu prüfen. Der Emschergenossenschaft ist daher jederzeitige Einsichtnahme in die Messdaten zu gestatten.

## **7.3 Betriebseinstellung, Verwahrung**

### **7.3.1**

Sofern der Betrieb der Wasserhaltung nach Ablauf der Gültigkeit nach Nr. 4 endgültig eingestellt werden soll bzw. der Betrieb der Wasserhaltung endgültig aufgegeben wird und auch keine Nachnutzung, z. B. als Lotungs-/Probenahme/Sicherungsstandort vorgesehen ist, ist der Bezirksregierung Arnsberg ein bergrechtlicher Abschlussbetriebsplan bzw. eine Abschlussbetriebsplanergänzung vorzulegen, in welchem nachgewiesen wird, dass der endgültigen Einstellung bzw. Aufgabe keine überwiegenden öffentlichen Interessen im Sinne des § 48 Abs. 2 BBergG, insbesondere in Gestalt wasserwirtschaftlicher Belange, entgegen stehen.

### **7.3.2**

Nicht mehr benötigte übertägige Anlagen zur Gewässerbenutzung sind zurückzubauen und die dabei anfallenden Abfälle ordnungsgemäß zu entsorgen. Soweit die Anlagen als Bestandteil des Sicherungsstandortes in Reserve vorgehalten werden sollen, sind diese in geeigneter Weise gegen unbefugte Benutzung o. a. zu sichern.

## **8. Hinweise**

### **8.1 Vorbehalt**

Diese Erlaubnis steht unter dem Vorbehalt des § 18 WHG.

## **8.2 Nachträgliche Inhalts- und Nebenbestimmungen**

Diese Erlaubnis steht unter dem Vorbehalt der Erteilung nachträglicher Inhalts- und Nebenbestimmungen nach § 13 WHG. Insbesondere wird hierzu auf mögliche Veränderungen hingewiesen, die sich ergeben können aus Anforderungen im Hinblick auf Umsetzungsziele nach §§ 27 – 31 und 46 – 49 WHG in Verbindung mit Anforderungen der GrwV und OGewV.

## **8.3 Haftung**

Diese Erlaubnis befreit nicht von der Haftung nach § 89 WHG. Ferner ersetzt sie nicht das Betriebsplanverfahren nach den §§ 51 ff. Bundesberggesetz (BBergG) und etwa aus anderen Rechtsgründen erforderliche Befugnisse.

## **8.4 Anzeigepflicht bei Änderungen**

Änderungen der Anlagen, durch die die Gewässerbenutzung über das zugelassene Maß hinaus nicht erweitert wird und denen ordnungsbehördliche Vorschriften nicht entgegenstehen, sind der Erlaubnis- und Überwachungsbehörde unter Beifügung der zur Beurteilung erforderlichen Unterlagen (Zeichnungen, Nachweise und Beschreibungen) 2 Monate vorher anzuzeigen (siehe § 25 Abs. 3 LWG). Weitergehende Änderungen der Anlagen und sonstige Erweiterungen der Gewässerbenutzung bedürfen der Erlaubnis.

## **8.5 Betriebseinstellung, Verwahrung**

Sofern der Betrieb der Wasserhaltung nach Ablauf der Gültigkeit nach Nr. 4 endgültig eingestellt werden soll bzw. der Betrieb der Wasserhaltung endgültig aufgegeben wird und auch keine Nachnutzung, z. B. als Lotungs-/Probenahmestandort vorgesehen ist, ist der Bezirksregierung Arnsberg ein bergrechtlicher Abschlussbetriebsplan bzw. eine Abschlussbetriebsplanergänzung vorzulegen, in welchem nachgewiesen wird, dass der endgültigen Einstellung bzw. Aufgabe keine überwiegenden öffentlichen Interessen im Sinne des § 48 Abs. 2 BBergG, insbesondere in Gestalt wasserwirtschaftlicher Belange, entgegen stehen.

Ebenso sind im Rahmen eines Abschlussbetriebsplans nicht mehr benötigte überflüssige Anlagen zur Gewässerbenutzung zurückzubauen und die dabei anfallenden Abfälle ordnungsgemäß zu entsorgen. Soweit die Anlagen als Bestandteil eines Sicherungsstandortes in Reserve vorgehalten werden sollen, sind diese in geeigneter Weise gegen unbefugte Benutzung o. a. zu sichern.

## **8.6 Verantwortlicher Betriebsbeauftragter**

Bestellung und Aufgaben des Verantwortlichen Betriebsbeauftragten richten sich nach den § 13 Abs. 2 Nr. 3, 64 und 65 WHG.

## **8.7 Bußgeld**

Auf die Bußgeldbestimmungen nach § 103 WHG und § 123 LWG sowie auf die Straftatbestimmungen der §§ 324 - 330d des Strafgesetzbuches wird hingewiesen.

## **8.8 Überwachung**

Der Unternehmer hat nach § 101 WHG i. V. m. § 93 LWG eine Überwachung der Gewässerbenutzung zu dulden.

## **8.9 Unterrichtungspflicht, Betriebsstörungen**

Auf die Sofortmeldungs-/Unterrichtungspflicht sowie die Pflicht, bei Betriebsstörungen die notwendigen Maßnahmen zum Schutz des Gewässers zu treffen und Wiederholungen zu vermeiden, weise ich hin (§ 56 Abs. 2 Sätze 3 und 4 LWG).

## **8.10 Emschergenossenschaftsgesetz**

Auf die Vorschriften des Emschergenossenschaftsgesetzes in der Fassung vom 07.02.1990, zuletzt geändert am 02.07.2016, wird hingewiesen.

## **8.11 Erlaubnis- und Überwachungsbehörde**

Erlaubnis- und Überwachungsbehörde ist derzeit die Bezirksregierung Arnsberg, Abt. Bergbau und Energie in NRW.

## **9. Verweise auf Anlagen und Unterlagen**

Diesem Bescheid liegt der mit Zugehörigkeitsvermerk versehene Antrag vom 19.02.2020 -ZV 3 JPD/2020/02- zugrunde.

Die mit Zugehörigkeitsvermerk versehenen Antragsunterlagen vom 20.09.2013 -BG G1 ei-2013-017-, 27.03.2006 -BG M1 ei/2006-004- und 14.12.1995 -T 4.1-T ei-schu/95/101- behalten weiterhin ihre Gültigkeit.

## **10. Begründung**

### **10.1 Formale Zulässigkeit**

Die Erteilung der Erlaubnis war aus den folgenden Gründen zulässig:

#### **10.1.1 Zuständigkeit**

Das Entnehmen, Zutagefördern und Einleiten von Grubenwasser ist gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 4 und 5 sowie Abs. 2 WHG ein Benutzungstatbestand, welcher gemäß § 8 Abs. 1 WHG einer Erlaubnis bedarf. Gemäß § 19 Abs. 2 WHG entscheidet die Bergbehörde über die Erteilung der Erlaubnis, wenn ein bergrechtlicher Betriebsplan die Gewässerbenutzung vorsieht. Für das Land NRW ist die Bezirksregierung Arnsberg, Abt. 6 - Bergbau und Energie in NRW - die Bergbehörde. Die vorgesehene Gewässerbenutzung ist durch den Abschlussbetriebsplan der RAG AG für die Zentrale Wasserhaltung Zollverein vom 17.12.2019 -63.z4-1.4-2019-1- gegeben. Die Bergbehörde entscheidet gemäß § 19 Abs. 3 WHG über die Erteilung der Erlaubnis im Einvernehmen mit der sonst zuständigen Wasserbehörde. Die Städte Essen und Gelsenkirchen sind für die Herstellung des Einvernehmens zuständig.

#### **10.1.2 Form, Notwendigkeit der Umweltverträglichkeitsprüfung**

Das Vorhaben sieht eine Gewässerbenutzung nach § 9 Abs. 1 Nr. 4 und 5 sowie Abs. 2 WHG vor, wofür es eines Verwaltungsaktes in Form einer Erlaubnis nach §§ 8 Abs. 1 und 11 Abs. 1 WHG i. V. m. § 5 Abs. 1 UVPG bedarf, wofür ein Antrag erforderlich ist. Sowohl der Antrag, als auch die Entscheidung über die Notwendigkeit der Umweltverträglichkeitsprüfung sowie über die Hauptsache selbst bedürfen wegen der erforderlichen Beteiligung und Bekanntgabe der Schriftform. Diese Form wurde durch das Schreiben vom 19.02.2020 -ZV 3 JPD/2020/02- der RAG Aktiengesellschaft, Im Welterbe 10, in 45141 Essen, sowie den vorliegenden Erlaubnisbescheid gewahrt. Das Vorhaben besteht aus der unveränderten Verlängerung einer jahrelang betriebenen Hebung und Einleitung von Grubenwasser in die Emscher, welche bereits vor erstmaligem Inkrafttreten des UVPG in Betrieb war. Daher war in diesem Falle keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.

## **10.1.3 Verfahrensablauf**

### **10.1.3.1 Anlass und Notwendigkeit der Wasserhaltung**

Das RAG Grubenwasserkonzept sieht für die Nachbergbauzeit eine langfristige Optimierung der Grubenwasserhaltung im Ruhrrevier vor. Damit einher gehen soll u.a. eine Reduzierung der Anzahl der Hebungsstandorte, verbunden mit einer Konzentrierung der Einleitungen in abflussstarke Vorfluter. Im Hinblick auf das RAG Grubenwasserkonzept soll am Standort Zollverein nur noch bis zum Abschluss erforderlicher Rückzugsarbeiten aus dem untertägigen Grubengebäude wie bisher das Grubenwasser der Zentralen Wasserhaltung Zollverein angenommen, hier zu Tage gefördert und in die Emscher eingeleitet werden.

### **10.1.3.2 Verfahrensablauf**

Mit Schreiben vom 19.02.2020 -ZV 3 JPD/2020/02- beantragte die RAG Aktiengesellschaft, Im Welterbe 10, in 45141 Essen die Verlängerung der Erlaubnis vom 29.09.2015 - 61.z4-7-2-4, das im untertägigen Einzugsbereich dieser Wasserhaltung (Grubenwasserprovinz) anfallende Grubenwasser am Schacht 2 zu heben und nach Behandlung in die Emscher einzuleiten.

Mit Schreiben vom 09.03.2020 wurden die Städte Essen und Gelsenkirchen und die Emschergenossenschaft beteiligt. Die Stellungnahmen der beteiligten Behörden wurden im Bescheid berücksichtigt.

Die Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis erfolgt im Einvernehmen nach § 19 Abs. 3 WHG mit den Städten Essen und Gelsenkirchen.

## **10.2 Materielle Zulässigkeit**

Gemäß § 12 Abs. 1 WHG ist die Erteilung der Erlaubnis zu versagen, wenn durch das Vorhaben schädliche, auch durch Nebenbestimmungen nicht vermeidbare oder nicht ausgleichbare Gewässerveränderungen zu erwarten sind oder andere Anforderungen nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften nicht erfüllt werden. Bezogen auf das Grundwasser werden diese Anforderungen durch die Bewirtschaftungsziele nach § 47 WHG und die Anforderungen der GrwV konkretisiert. Bei dem Tiefengrundwasserleiter, dem das Grubenwasser entstammt, ist zu berücksichtigen, dass dieses Tiefengrundwasser am Naturhaushalt weitestgehend nicht teilnimmt, aufgrund seiner natürlichen Beschaffenheit als Lebensgrundlage des Menschen nicht geeignet ist, insbesondere nicht für die öffentliche Wasserversorgung, und ferner keinen Lebensraum für Tiere und Pflanzen darstellt, insbesondere nicht im Zusammenhang mit gewässerabhängigen Landökosystemen und Feuchtgebieten.

Bezogen auf die Oberflächengewässer werden diese Anforderungen durch die Bewirtschaftungsziele nach § 27 WHG und die Anforderungen der OGewV konkretisiert und sind für die Emscher im Bereich der Einleitstelle zu betrachten.

Ferner unterliegt die Erteilung der Erlaubnis dem Bewirtschaftungsermessen nach § 12 Abs. 2 WHG.

Aus den nachfolgenden Gründen liegen keine Versagungsgründe im Sinne des Verschlechterungsverbots (§ 12 Abs.1 Nr.1 WHG) und des Verbesserungsgebots oder wegen der Nichterfüllung anderer Anforderungen nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften für die relevanten Gewässerkörper (§ 12 Abs.1 Nr.2 WHG) vor. Dies gilt insbesondere in Ansehung der landesrechtlichen Vorgaben aus den für diese Gewässerkörper einschlägigen Teilen des Bewirtschaftungsplans (§ 88 Abs.2 Satz 2 LWG NRW i.V.m. § 12 Abs.1 Nr.2 WHG). Im Übrigen gestattet auch das allgemeine Bewirtschaftungsermessen die Erteilung der Erlaubnis (§ 12 Abs.2 WHG).

## **10.2.1 Verschlechterungsverbot, Verbesserungsgebot**

### **10.2.1.1 Geogene Belastung des Grubenwassers**

Beim erschrotenen Grubenwasser handelt es sich um Grundwasser, welches geogen durch den Kontakt mit dem Gebirgskörper im Karbon und dessen Deckgebirge belastet ist. Der Gebirgshorizont, in welchem dieses geogen bedingt stark salz- und auch schwermetallhaltige Wasser anzutreffen ist, ist so weit von der Tagesoberfläche entfernt und hydraulisch abgegrenzt, dass dieses Tiefengrundwasser am Naturhaushalt weitestgehend nicht teilnimmt, aufgrund seiner natürlichen Beschaffenheit als Lebensgrundlage des Menschen nicht geeignet ist, insbesondere nicht für die öffentliche Wasserversorgung, und ferner keinen Lebensraum für Tiere und Pflanzen darstellt, insbesondere nicht im Zusammenhang mit gewässerabhängigen Landökosystemen und Feuchtgebieten (vgl. §§ 1 und 6 WHG).

Die Festlegung der Grundwasserkörper und die darauf bezogenen Bewirtschaftungsziele nach §§ 6,7, 23, und 47 WHG i. V. m. den Bestimmungen der GrwV beziehen sich auf die tagesoberflächennahen Grundwasserkörper, welche der Bewirtschaftung zugänglich und als Gewässer Bestandteil des Naturhaushalts sind, weshalb sie als Lebensraum für Pflanzen, Tiere und Menschen zu schützen sind. Zur Feststellung des chemischen und ökologischen Zustands des Grundwassers aus der Tiefe, dem das Grubenwasser entstammt, sind weder Messstellen benannt, noch Konkretisierungen der Bewirtschaftungsziele

vorhanden. Daher lassen sich keine qualitativen oder mengenmäßigen Anforderungen an das erschotene Grubenwasser stellen. Gleichwohl ist es offensichtlich, dass der Verzicht der Wasserhaltung in betrieblich nicht mehr benötigten Grubenbauen dem sparsamen Umgang mit dem Grundwasser in den tiefen Horizonten dient und daher dessen mengenmäßigem Zustand förderlich ist.

Das Grubenwasser aus dem Einzugsbereich der Wasserhaltung (Grubenwasserprovinz) strömt dem Wasserhaltungsschacht durch das hydraulische Druckgefälle über natürliche Hohlräume bzw. Resthohlräume des bereits gefluteten ehemaligen Grubengebäudes zu. Um das Grubenwasser im Einzugsbereich der Wasserhaltung (Grubenwasserprovinz) auf das zum Schutze noch erforderlichen untertägigen Restarbeiten des Rückzugs nach Einstellung der Gewinnung sowie der Tagesoberfläche und zum Schutze der für die Trink- und Brauchwasserversorgung relevanten Grundwasserhorizonte erforderliche Niveau einzustellen, muss das anfallende Grubenwasser am Wasserhaltungsschacht gehoben werden. Zwangsläufig werden hierbei Teilströme erschroten, welche geogen unterschiedliche Belastungen aufweisen können und bei denen sich infolge ehemaligen Luftkontakts durch die Wetterführung des früheren Grubenbetriebs bzw. durch Kontakt der Teilströme miteinander natürliche chemische Reaktionen ihrer Inhaltsstoffe abspielen können, die auf die chemische Qualität des Tiefengrundwassers und somit des zu hebenden Gesamtstroms am Wasserhaltungsschacht Einfluss haben können. Der bisherige Grubenwasserpegel als Erfordernis der dienende Funktion zum Schutze des aktiven Gewinnungsbetriebs wird mit der endgültigen Einstellung der Gewinnung im gesamten Revier und dem Abschluss der Restarbeiten des untertägigen Rückzuges hinfällig werden. Dies ist in der Befristung berücksichtigt. Um eine unnötige Inanspruchnahme dieses tiefen Grundwasserkörpers über das notwendige Maß hinaus zu vermeiden, wird daher das Annahmehöhe im Wasserhaltungsschacht auf einem Grubenwasserpegel gehalten, dessen Höhe sich nach den vorgenannten Schutzbelangen richtet.

Das erschotene Grubenwasser stellt gewissermaßen das natürliche Eluat der wasserführenden Schichten der Steinkohlenlagerstätte und ihres Deckgebirges dar. Aus der Erfahrung heraus ist bekannt, dass tendenziell die Mineralisierung des erschrotenen Grubenwassers mit der Tiefe zunimmt. Insofern lässt der natürliche Anstieg des Grubenwasserpegels als Folge einer partiellen Einstellung, aber auch in letzter Konsequenz einer etwaigen vollständigen Einstellung der untertägigen Wasserhaltung erwarten, dass die Mineralisierung des zu hebenden Grubenwassers insgesamt abnimmt. Infolge des Luftzutritts im Mantelbereich der Grubenbaue durch die Wetterführung wird ein Teil des in der Lagerstätte vorhandenen Pyrits zu Eisensulfat oxidiert, welches aus den offenen Grubenbauen mit dem erschrotenen Grubenwasser ausgeschwemmt wird. Die partielle Einstellung des Ableitens von erschrotenem Grubenwasser in Richtung auf den

Standort des Wasserhaltungsschachtes durch das Abwerfen betrieblich nicht mehr benötigter Grubenbaue und der dort befindlichen Anlagen und Bauwerke führt dazu, dass der Luftzutritt und damit die Fortsetzung des Oxidationsprozesses unterbunden wird. Daneben führt dies temporär zu einer vermehrten Ausspülung von Eisensulfat aus den erstmals überfluteten Mantelbereichen der betroffenen Grubenbaue mit jedoch zeitlich abklingender Tendenz.

Wegen des Erhalts des bisherigen Annahmenniveaus ist zur Zeit mit keiner relevanten Veränderung zu den vorgenannten Aspekten zu rechnen.

### **10.2.1.2 Anthropogene Belastung des Grubenwassers**

Das Gutachten zur Prüfung möglicher Umweltauswirkungen des Einsatzes von Abfall- und Reststoffen zur Bruchhohlraumverfüllung in Steinkohlenbergwerken in NRW, Teil 1 vom April 2017, sowie Teil 2 (Entwurf) vom März 2018, kommt u. a. zum Ergebnis, dass bezogen auf die Bruchhohlraumverfüllung (BHV) ein Risiko für die Oberflächengewässer und das Grundwasser hinsichtlich der Belastung durch Versatzeluatete nicht erkennbar ist und sich ein sofortiger Handlungsbedarf zur Vermeidung und Verringerung des Risikos nicht ergibt. Zukünftige Austräge aus der BHV werden nicht messbar sein und daher in den nächsten Jahrhunderten keine Maßnahmen erfordern. Auch für die weniger gefährlichen, im Wesentlichen kohlestämmigen, im Rahmen der so genannten immissionsneutralen Verbringung verwerteten Abfälle (Teil 2 dieses Gutachtens) wurde festgestellt, dass diesbezüglich kein höheres Risiko als durch die BHV bei teilweiser oder vollständiger Einstellung der Wasserhaltung zu erwarten ist. Das Gutachten kommt ferner u. a. zum Ergebnis, dass bezogen auf PCB die Belastung messbar ist, sich aber bei einem Grubenwasseranstieg nicht erhöhen wird. Die Flutung von Grubenbauen durch den natürlichen Anstieg des Grubenwasserpegels führt tendenziell dazu, dass sich durch den Grubenwasseranstieg das Gefällepotenzial bezogen auf den Standort des Wasserhaltungsschachtes vermindert und so die Mobilisierung partikulär gebundenen PCBs reduziert wird.

In der Grubenwasserprovinz Zollverein sind die vorgenannten Stoffe nicht zum Einsatz gekommen, ferner wird das bisherige Annahmenniveau erhalten, so dass es zu keinen flutungsbedingten Ausspüleeffekten kommen kann. Wegen des Erhalts des bisherigen Annahmenniveaus ist daher zur Zeit mit keiner relevanten Veränderung zu rechnen.

### 10.2.1.3 Oberflächennahes Grundwasser

Ausweislich des Steckbriefs zur Planungseinheit Emscher des Bewirtschaftungsplans 2016 – 2021 liegt die Einleitstelle im Wasserkörper 277\_05 der Planungseinheit PE\_EMR\_1100. Der mengenmäßige Zustand ist als gut, der chemische Zustand des Grundwasserkörpers ist als schlecht eingestuft. Die Einleitung des gehobenen Grubenwassers erfolgt in die Emscher, nicht jedoch in diesen Grundwasserkörper. Es besteht daher kein sachlicher Zusammenhang mit der Bewertung dieses Grundwasserkörpers. Da die Einleitung unverändert erhalten bleibt, ist auch bei Wechselwirkung des Gewässers mit dem Grundwasser im Bereich des Flussbetts hierdurch keine nachteilige Tendenz zu besorgen.

### 10.2.1.4 Zwischenfazit zum Grundwasser

Durch die unveränderte Hebe- und Einleitmenge und der stofflichen Belastung im Gleichgewichtszustand wird bezogen auf den Tiefengrundwasserleiter und auch für das oberflächennahe Grundwasser deutlich, dass das Verschlechterungsverbot eingehalten ist. Mit dem absehbaren Ende der Grubenwasserhaltung an diesem Standort (Befristung) ist zu erwarten, dass sich die Situation des Tiefengrundwasserleiters verbessern wird, auch wenn keine konkreten Ziele hierfür festgelegt worden sind. Verbesserungsbedarf zum oberflächennahen Grundwasserkörper besteht nicht.

### 10.2.1.5 Belastung des Oberflächengewässers

Ausweislich des Steckbriefs zur Planungseinheit Emscher des Bewirtschaftungsplans 2016 – 2021 liegt die Einleitstelle im Oberflächengewässerkörper DE\_NRW\_2772\_0 der Planungseinheit PE\_EMR\_1100. Der ökologische Zustand ist für diesen Wasserkörper als schlecht, der chemische Zustand als nicht gut eingestuft. In der Tabelle für die als ursächlich identifizierten Stoffe sind folgende Stoffe genannt, die mit den typischen Inhaltsstoffen von Grubenwasser in Verbindung stehen können:

ACP: Chlorid; Anlage 5 OGewV: Kupfer, Zink, nicht gesetzlich verbindlich: Barium, Bor, Kupfer, Zink. Die hier gegenständlichen PCB-Kongeneren jedoch nicht genannt. Dass die PCB-Belastung des Grubenwassers nicht ursächlich für den nicht guten Zustand des o. a. Wasserkörpers ist, wird durch die nachfolgend beschriebenen wissenschaftlichen Erkenntnisse untermauert:

Gemäß des LANUV-Abschlussberichts zum PCB-Sondermessprogramm 2015 wurden in allen untersuchten Oberflächengewässern die Umweltqualitätsnorm von 20 µg/kg TS für die bergbautypischen PCB, so auch im Falle dieser Grubenwasserhaltung sicher eingehalten. Die gleichwohl messbaren Belastungen der Gewässer mit bergbautypischen PCB und zum Teil auch mit PCB-Ersatzstoffen

können anteilig auf die aktuellen Einleitungen zurückgeführt werden. Auch wenn die Werte der OGewV eingehalten werden, ist die fortgesetzte Einleitung von mit PCB-belasteten Grubenwasser umweltrelevant.

Die Bundesanstalt für Gewässerkunde (BfG) kommt in der Untersuchung von PCB und Uglec-Ölen in Grubenwässern mit Hilfe von Passivsammlern und in Sedimenten von Oberflächengewässern in der Nähe von Grubenwassereinleitungen vom März 2017, Kap. 8, S. 43 zum Ergebnis, dass an den von ihr untersuchten Oberflächengewässern die Grubenwässer in unmittelbarer Nähe zu den Einleitungsstellen zur PCB- und Uglec-Belastung beitrugen. Allerdings nahm die Belastung in Fließrichtung der Gewässer stets ab, so dass sie stromab der Einleitungsstellen entweder nicht mehr nachweisbar oder stromab im Vergleich zur Einleitungsstelle zumindest deutlich reduziert war. Eine Belastung der Oberflächengewässer mit PCB und Uglec konnte nur im direkten Umfeld der untersuchten Einleitungen nachgewiesen werden. Die Belastung der Grubenwässer zeigte bei den Passivsammler- und Sedimentuntersuchungen auch veränderte Schadstoffprofile. In den Passivsammlern und teilweise auch in den Sedimenten wurden an den Einleitungsstellen höhere Anteile der weniger hydrophoben PCB-Kongenere, PCB 28 und PCB 52, nachgewiesen.

Die Auswirkungen auf die Entwicklung der stofflichen Belastung des gehobenen Grubenwassers und somit der Belastung der Emscher sind in Nr. 10.2.1.1 und 10.2.1.2 beschrieben. Danach verändern sich die Belastungen des Oberflächengewässers in der dort dargelegten Weise nicht, so dass keine Verschlechterung des Zustands verursacht wird.

Ausweislich des Steckbriefs zur Planungseinheit Emscher des Bewirtschaftungsplans 2016 – 2021 sind für den Wasserkörper DE\_NRW\_2772\_0 der Planungseinheit PE\_EMR\_1100 Maßnahmen zur Reduzierung punktueller Stoffeinträge aus dem Bergbau (LAWA-Nr. 16 und 24) zur Verbesserung des Zustands dieses Wasserkörpers vorgesehen. Im Hintergrundpapier Steinkohle zum Bewirtschaftungsplan 2016-2021 für die nordrhein-westfälischen Anteile von Rhein, Weser, Ems und Maas wird für alle heute aus dem Steinkohlebergbau mit Grubenwasser beaufschlagten Wasserkörper die Frist für das Erreichen der Bewirtschaftungsziele (guter chemischer und guter ökologischer Zustand bzw. gutes ökologisches Potenzial) auf 2021 bzw. spätestens auf 2027 festgelegt. Eine Zielerreichung ist grundsätzlich bis 2021 vorzusehen. In den Fällen in denen dies aus nachvollziehbaren Gründen, die unter § 29 Absatz 2 WHG zu subsumieren sind, bis 2021 nicht möglich sein wird, können Fristverlängerungen bis spätestens 2027 in Anspruch genommen werden. Mit einer vollständigen Umsetzung der Grubenwasserplanung für die Emscher wird die mit der veränderten Wasserhaltung einhergehende Entlastung des Gewässers einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der WRRL-Ziele leisten. Dem steht die Verlängerung des Betriebs mit Fristsetzung nach Nr. 4 nicht entgegen.

Mit Blick auf die Fristverlängerung zum Erreichen der Bewirtschaftungsziele waren keine Überwachungswerte für die Einleitung festzulegen. Jedoch dient die durch Nr. 7.2.3 - 7.2.5 vorgesehene regelmäßige Messung daher der Verifizierung und Überwachung, dass im Hinblick auf die Bewirtschaftungsziele der Gewässer keine dauerhafte Verschlechterung eintritt. Ferner dient sie der Schaffung einer erforderlichen Datengrundlage für die Planung und Erfolgskontrolle der partiellen Einstellung des Ableitens von erschrotenem Grubenwasser in Richtung auf den Standort des Wasserhaltungsschachtes durch das Abwerfen betrieblich nicht mehr benötigter Grubenbaue und der dort befindlichen Anlagen und Bauwerke sowie bezüglich einer etwaigen übertägigen Behandlung.

Durch die Befristung auf den 31.12.2021 sowie Nr. 7.3 wird sichergestellt, dass rechtzeitig vor dem Ende der Fristverlängerung zum Erreichen der Bewirtschaftungsziele (s. o.) der Betrieb eingestellt wird.

#### **10.2.1.6 Betriebseinstellung, Verwahrung**

Durch die Nebenbestimmungen in Nr. 7.3 wird gewährleistet, dass bei Entfall des wasserwirtschaftlichen Zwecks des Wasserhaltungsstandortes eine ordnungsgemäße Sicherung bzw. Endverwahrung geschieht. Durch die Berücksichtigung der wasserwirtschaftlichen Belange als ggf. überwiegende öffentliche Interessen bei der Prüfung dafür einzureichender Betriebspläne i. S. d. § 48 Abs. 2 BBergG wird diesen Belangen Rechnung getragen.

#### **10.2.1.7 Fazit**

Gemäß §§ 12 Abs. 1, 13 Abs. 2 WHG besteht die Befugnis zur Aufnahme von Nebenbestimmungen, um insbesondere schädliche, nicht ausgleichbare Veränderungen der Gewässer sowie nachteilige Wirkungen für andere zu vermeiden bzw. auszugleichen. Bei der Prüfung des Antrags wurde festgestellt, dass die in Nr. 7 benannten Nebenbestimmungen hierfür erforderlich waren, so dass unter Berücksichtigung dieser Nebenbestimmungen dem Vorhaben die Versagungsgründe nicht entgegen stehen.

### **10.2.2 Bewirtschaftungsermessen**

Im Rahmen der Abwägung für das Bewirtschaftungsermessen werden folgende Erwägungen deutlich:

### **10.2.2.1 Tiefengrundwasserleiter/Grubenwasser**

Eine teilweise oder gar vollständige Einstellung der Grubenwasserhaltung in diesem Bereich kommt wegen der konkurrierenden Ziele, die in besonderem öffentlichen Interesse stehen, im Hinblick auf den Schutz der Tagesoberfläche, insbesondere hinsichtlich Bodenhebungen und Ausgasungen, sowie den Schutz der oberflächennahen Grundwasserleiter wegen deren Bedeutung insbesondere für die Trink- und Brauchwassergewinnung nicht infrage.

In Anbetracht des absehbaren Endes, die Grubenwasserhaltung zum Schutz der noch laufenden untertägigen Rückzugsarbeiten auf dem bisherigen Annahmehöhe betreiben zu müssen, wäre die Forderung weitergehender Maßnahmen hier nicht angemessen. Nach Abwägung der Vor- und Nachteile ist daher die Hebung des Grubenwassers für den Tiefengrundwasserleiter als verträglich zu bewerten.

### **10.2.2.2 Oberflächennahes Grundwasser**

Unter Nr. 10.2.1.3 wurde bereits dargelegt, dass das Vorhaben keine Auswirkungen auf das oberflächennahe Grundwasser und die damit verbundenen Maßnahmen des Bewirtschaftungsplanes hat. Da insgesamt keine Veränderung der Belastung der Emscher sowie absehbar eine vollständige Befreiung von dieser Belastung anzunehmen ist, wird deutlich, dass auch bei Wechselwirkung des Gewässers mit dem Grundwasser im Bereich seines Flussbetts hierdurch keine nachteilige Tendenz, sondern zukünftig eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand zu erwarten ist. Auch hier gilt analog 10.2.2.1, dass eine teilweise oder vollständige Einstellung der Grubenwasserhaltung in diesem Bereich jedoch wegen der konkurrierenden Ziele, die in besonderem öffentlichen Interesse stehen, im Hinblick auf den Schutz der Tagesoberfläche, insbesondere hinsichtlich Bodenhebungen und Ausgasungen, sowie den Schutz der oberflächennahen Grundwasserleiter wegen deren Bedeutung insbesondere für die Trink- und Brauchwassergewinnung nicht infrage käme. Nach Abwägung der Vor- und Nachteile ist daher die Hebung des Grubenwassers für die oberflächennahen Grundwasserleiter als verträglich zu bewerten.

### **10.2.2.3 Oberflächengewässer**

Infolge der unverändert zu hebenden Grubenwassermenge und damit verbundenen stofflichen Belastungen im Vergleich zum bisherigen Zustand sind keine Nachteile hinsichtlich des mengenmäßigen und chemischen Zustands des Oberflächengewässers zu erwarten. Eine teilweise oder vollständige Einstellung der Grubenwasserhaltung in diesem Bereich käme wegen der konkurrierenden Ziele, die in besonderem öffentlichen Interesse stehen, im Hinblick auf den Schutz der Tagesoberfläche, insbesondere hinsichtlich Bodenhebungen und Ausgasungen, sowie den Schutz der oberflächennahen Grundwasserleiter wegen deren Bedeutung insbesondere für die Trink- und Brauchwassergewinnung nicht infrage.

Die Entflechtung der Emscher und ihrer Nebenläufe ist noch nicht abgeschlossen. In Anbetracht des absehbaren Endes, die Grubenwasserhaltung zum Schutz der noch laufenden untertägigen Rückzugsarbeiten auf dem bisherigen Annahmestandard weiter betreiben zu müssen, wäre die Forderung weitergehender Maßnahmen hier nicht angemessen.

Nach Abwägung der Vor- und Nachteile ist daher die Hebung des Grubenwassers für die Emscher unter Berücksichtigung der Fristverlängerung zum Erreichen der Bewirtschaftungsziele als verträglich zu bewerten.

### **10.2.2.4 Überwachung, Befristung**

Die durch Nr. 7.2.2 - 7.2.5 und 7.2.9 vorgesehene regelmäßige Messung dient der Verifizierung und Überwachung, dass im Hinblick auf die Bewirtschaftungsziele der Gewässer keine dauerhafte Verschlechterung eintritt. Ferner dient sie der Schaffung einer erforderlichen Datengrundlage für die Planung und Erfolgskontrolle hinsichtlich etwaiger nachträglicher Maßnahmen. Durch die Befristung wird sichergestellt, dass rechtzeitig zum Ende der Fristverlängerung zum Erreichen der geltenden Bewirtschaftungsziele der Betrieb eingestellt wird. Da die Wasserhaltung aufgrund des Grubenwasserhaltungskonzepts der Antragstellerin nur noch bis zum vorgesehenen Abschluss untertägiger Rückzugsarbeiten erforderlich ist und ferner die Entflechtung der Emscher zum Zwecke der Renaturierung vor dem Abschluss steht, war bei der Befristung auf die begrenzte Notwendigkeit der Wasserhaltung und die Erfordernisse zur Realisierung des Emscherumbaus abzustellen. Die jederzeitige Möglichkeit des Erlasses nachträglicher Auflagen während der Laufzeit dieser Erlaubnis nach § 13 Abs. 1 WHG bleibt dadurch unberührt.

### **10.2.2.5 Fazit**

Im Rahmen der obigen Abwägungen zu den Grundwasserkörpern und zum Oberflächengewässer wurde deutlich, dass im Rahmen des Bewirtschaftungsermessens die dort genannten Vorteile gegenüber den Nachteilen überwiegen. Der Betrieb der Wasserhaltung ist unerlässlich und steht im öffentlichen Interesse, um zum Schutz der für die Trink- und Brauchwasserversorgung relevanten Grundwasserhorizonte einen ausreichenden Abstand des Tiefengrundwasser-(Grubenwasser-)pegels zu diesen oberflächennahen Grundwasserhorizonten zu gewährleisten und die noch laufenden untertägigen Rückzugsarbeiten nicht zu gefährden. Nachteile gegenüber dem bisherigen Zustand sind nicht zu erwarten.

Gemäß §§ 12 Abs. 2, 13 Abs. 2 WHG besteht die Befugnis zur Aufnahme von Nebenbestimmungen, um das Bewirtschaftungsermessen auszuüben. Bei der Prüfung des Antrags wurde festgestellt, dass die in Nr. 7 benannten Nebenbestimmungen hierfür erforderlich waren, so dass unter Berücksichtigung dieser Nebenbestimmungen in Abwägung des nachvollziehbaren Interesses der Antragstellerin an der Gestattung der Hebung und Einleitung des Grubenwassers mit den Bewirtschaftungszielen kein Konflikt besteht.

Nach Abwägung der Vor- und Nachteile anhand des Sachverhalts ist im Rahmen des Bewirtschaftungsermessens die Hebung und Einleitung für die Gewässerkörper als verträglich zu bewerten.

### **10.3 Fazit, Entscheidung über den Antrag**

Da der Antrag den wasserrechtlichen Anforderungen unter Einbeziehung der o. a. Nebenbestimmungen entspricht und eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit nicht zu erwarten ist, durfte die Erlaubnis erteilt werden. Die Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis erfolgt im Einvernehmen nach § 19 Abs. 3 WHG mit den Städten Essen und Gelsenkirchen.

## **11. Kostenentscheidung**

Für diese Erlaubnis wird nach der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (AVerwGebO NRW) in der derzeit gültigen Fassung eine Verwaltungsgebühr erhoben, über die ein gesonderter Gebührenbescheid erteilt wird.

## 12. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage beim

### **Verwaltungsgericht in 45879 Gelsenkirchen, Bahnhofsvorplatz 3**

erheben. Die Klage ist schriftlich beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen einzureichen oder zur Niederschrift der Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären.

Falls die Frist durch das Verschulden einer von Ihnen bevollmächtigten Person versäumt werden sollte, so würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Die Klage kann auch durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts erhoben werden. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Es muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Absatz 4 VwGO eingereicht werden. Die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung - ERVV) vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803).

### **Hinweis:**

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite [www.justiz.de](http://www.justiz.de).

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

(Schröder)

## **Anlage 1**

Festlegung der Jahresschmutzwassermenge, der Volumenströme, der Überwachungswerte und der Selbstüberwachung.

### **Einleitungsstellen-Nr.: 222129300**

Grubenwasser-Einleitungsstelle Wasserhaltung Zollverein

### **Mengenmess-/Probenahmestellen-Nr.: 2221569**

Messstelle am Schacht Ltg. Zollverein

East: 364.275, North: 5.706.172

## Selbstüberwachung

Folgende Parameter sind im Rahmen der Selbstüberwachung zu überwachen:

Nr. der Abwasser-verordnung -AbwV-	Parameter-Langname	Analysemethode	Probenahmeart	Häufigkeit	bes. Festlegung
-	Wassertemperatur	DIN 38404-C4-2	A	vierteljährlich	
-	Elektrische Leitfähigkeit	DIN EN 27888	A	vierteljährlich	
-	pH-Wert	DIN 38404-C5	A	vierteljährlich	
-	Abdampfrückstand	-	A	vierteljährlich	
301	Abfiltrierbare Stoffe (Suspendierte Feststoffe) in der Originalprobe		A	vierteljährlich	
-	Absetzbare Stoffe, Volumenanteil	DIN 38409-H9-2	A	vierteljährlich	
-	Säurekapazität bis pH 4,3	DIN 38409-H7-1	A	vierteljährlich	
-	Säurekapazität bis pH 8,2	DIN 38409-H7-1-1	A	vierteljährlich	
-	Ammoniumstickstoff (NH <sub>4</sub> -N)	DIN EN ISO 11732, Absch 4	A	vierteljährlich	
205	Barium in der Originalprobe		A	vierteljährlich	
206	Blei in der Originalprobe		A	vierteljährlich	
226	Bor		A	vierteljährlich	
-	Bromid	DIN EN ISO 10304-2	A	vierteljährlich	
207	Cadmium in der Originalprobe		A	vierteljährlich	

Nr. der Abwasser- verord- nung -AbwV-	Parameter-Langname	Analysemethode	Probe- nahme- art	Häufigkeit	bes. Festle- gung
-	Calcium	DIN EN ISO 11885 April 1998	A	vierteljährlich	
-	Chlorid	DIN 38405-D1-2	A	vierteljährlich	
209	Chrom in der Originalprobe		A	vierteljährlich	
212	Eisen in der Originalprobe		A	vierteljährlich	
-	Kalium	DIN EN ISO 11885 April 1998	A	vierteljährlich	
213	Kupfer in der Originalprobe		A	vierteljährlich	
-	Magnesium	DIN EN ISO 11885 April 1998	A	vierteljährlich	
-	Mangan	DIN EN ISO 11885 April 1998	A	vierteljährlich	
-	Natrium	DIN EN ISO 11885 April 1998	A	vierteljährlich	
214	Nickel in der Originalprobe		A	vierteljährlich	
106	Nitratstickstoff (NO <sub>3</sub> -N)		A	vierteljährlich	
107	Nitritstickstoff (NO <sub>2</sub> -N)		A	vierteljährlich	
109	Phosphorverbindungen als Phosphor, gesamt, in der Originalprobe		A	vierteljährlich	

Nr. der Abwasser- verord- nung -AbwV-	Parameter-Langname	Analysemethode	Probe- nahme- art	Häufigkeit	bes. Festle- gung
-	Strontium	DIN EN ISO 11885 April 1998	A	vierteljährlich	
110	Sulfat		A	vierteljährlich	
219	Zink in der Originalprobe		A	vierteljährlich	
303	Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB) in der Originalprobe		A	vierteljährlich	
-	Organischer Kohlenstoff, gelöst	DIN EN 1484	A	vierteljährlich	
305	Organisch gebundener Kohlenstoff, gesamt (TOC), in der Originalprobe		A	vierteljährlich	
309	Kohlenwasserstoffe, gesamt, in der Originalprobe		A	vierteljährlich	

## **Einleitungsstellen-Nr.: 222129300**

Grubenwasser-Einleitungsstelle Wasserhaltung Zollverein

## **Mengenmess-/Probenahmestellen-Nr.: 2221570**

Messstelle am Schacht Ltg. Mathias Stinnes

East: 364.275, North: 5.706.172

## Selbstüberwachung

Folgende Parameter sind im Rahmen der Selbstüberwachung zu überwachen:

Nr. der Abwasser-verordnung -AbwV-	Parameter-Langname	Analysemethode	Probenahmeart	Häufigkeit	bes. Festlegung
-	Wassertemperatur	DIN 38404-C4-2	A	vierteljährlich	
-	Elektrische Leitfähigkeit	DIN EN 27888	A	vierteljährlich	
-	pH-Wert	DIN 38404-C5	A	vierteljährlich	
-	Abdampfrückstand	-	A	vierteljährlich	
301	Abfiltrierbare Stoffe (Suspendierte Feststoffe) in der Originalprobe		A	vierteljährlich	
-	Absetzbare Stoffe, Volumenanteil	DIN 38409-H9-2	A	vierteljährlich	
-	Säurekapazität bis pH 4,3	DIN 38409-H7-1	A	vierteljährlich	
-	Säurekapazität bis pH 8,2	DIN 38409-H7-1-1	A	vierteljährlich	
-	Ammoniumstickstoff (NH <sub>4</sub> -N)	DIN EN ISO 11732, Absch 4	A	vierteljährlich	
205	Barium in der Originalprobe		A	vierteljährlich	
206	Blei in der Originalprobe		A	vierteljährlich	
226	Bor		A	vierteljährlich	
-	Bromid	DIN EN ISO 10304-2	A	vierteljährlich	
207	Cadmium in der Originalprobe		A	vierteljährlich	

Nr. der Abwasser- verord- nung -AbwV-	Parameter-Langname	Analysemethode	Probe- nahme- art	Häufigkeit	bes. Festle- gung
-	Calcium	DIN EN ISO 11885 April 1998	A	vierteljährlich	
-	Chlorid	DIN 38405-D1-2	A	vierteljährlich	
209	Chrom in der Originalprobe		A	vierteljährlich	
212	Eisen in der Originalprobe		A	vierteljährlich	
-	Kalium	DIN EN ISO 11885 April 1998	A	vierteljährlich	
213	Kupfer in der Originalprobe		A	vierteljährlich	
-	Magnesium	DIN EN ISO 11885 April 1998	A	vierteljährlich	
-	Mangan	DIN EN ISO 11885 April 1998	A	vierteljährlich	
-	Natrium	DIN EN ISO 11885 April 1998	A	vierteljährlich	
214	Nickel in der Originalprobe		A	vierteljährlich	
106	Nitratstickstoff (NO <sub>3</sub> -N)		A	vierteljährlich	
107	Nitritstickstoff (NO <sub>2</sub> -N)		A	vierteljährlich	
109	Phosphorverbindungen als Phosphor, gesamt, in der Originalprobe		A	vierteljährlich	

Nr. der Abwasser- verord- nung -AbwV-	Parameter-Langname	Analysemethode	Probe- nahme- art	Häufigkeit	bes. Festle- gung
-	Strontium	DIN EN ISO 11885 April 1998	A	vierteljährlich	
110	Sulfat		A	vierteljährlich	
219	Zink in der Originalprobe		A	vierteljährlich	
303	Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB) in der Originalprobe		A	vierteljährlich	
-	Organischer Kohlenstoff, gelöst	DIN EN 1484	A	vierteljährlich	
305	Organisch gebundener Kohlenstoff, gesamt (TOC), in der Originalprobe		A	vierteljährlich	
309	Kohlenwasserstoffe, gesamt, in der Originalprobe		A	vierteljährlich	

# Allgemeine Anmerkungen zu den Messstellen

## Gültigkeit

- \*) Enthält das Feld "Gültig ab" kein Datum, gilt das Datum der Bekanntgabe.
- \*\*\*) Enthält das Feld "Gültig bis" kein Datum, gilt das Datum der Dauer der Erlaubnis.

## Analyseverfahren

- Parameter der Anhänge der AbwV gemäß Anlage 1 zu §4 AbwV in der jeweils geltenden Fassung
- Bei Festsetzung von "Stickstoff, gesamt, als Summe von Ammonium-, Nitrit- und Nitratstickstoff (Nges)", erfolgt die Bestimmung von Ammonium-Stickstoff (NH<sub>4</sub>-N) nach Nr. 202, von Nitrit-Stickstoff (NO<sub>2</sub>-N) nach Nr. 107 und Nitrat-Stickstoff (NO<sub>3</sub>-N) nach Nr. 106 der Anlage 1 zu §4 der Abwasserverordnung.
- im übrigen wie angegeben

## Probenahmeart

A = Stichprobe	C = 2h Mischprobe	E = Durchschnittsprobe
B = qual. Stichprobe	D = 24h Mischprobe	F = 14-Tage Mischprobe

## Einhalteregulung

- I = Der festgelegte Überwachungswert ist ständig einzuhalten. Ist ein pH-Wertebereich festgelegt, ist auch dieser ständig einzuhalten.
- II = 4 aus 5 + 50%
- III = 4 aus 5 + 100%
- IV = nicht mehr als 1 Überschreitung/a oder bei > 20 Probenahmen Überschreitung nicht mehr als 5% der Probenahmen
- V = 4 aus 5 + 100%; Endwert, sofern nur 2 Messungen/a erfolgten

## Frachtbegrenzung

Ist neben der Konzentration für einen Parameter auch eine Fracht als Überwachungswert festgesetzt, wird die Fracht aus der ermittelten Konzentration und dem mit der Probenahme korrespondierenden Volumenstrom in dem für die Frachtbegrenzung gewählten Zeitraum bestimmt. Ist für einen Parameter *nur* eine Fracht als Überwachungswert festgesetzt, wird diese entsprechend den Regelungen in der Spalte "besondere Festlegungen" bestimmt.

## Selbstüberwachung

Sofern kein Analyseverfahren festgelegt ist, ist das für diesen Parameter in der AbwV in der jeweils geltenden Fassung genannte Analyseverfahren anzuwenden. Abweichend davon können alternative Verfahren auf Antrag angewendet werden, sofern die Eignung dieser Verfahren nachgewiesen wird. Ist für einen Parameter ein Frachtüberwachungswert festgesetzt worden, so ist auch im Rahmen der Selbstüberwachung der Frachtwert zu berechnen.